

U18-Bundestagswahl 2025

Die Parteipositionen
Kurz und knapp



Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel. Die Partei möchte Strom und Energie billiger machen. Dafür sollen Atomkraftwerke wieder laufen und Kohlekraftwerke länger genutzt werden. Die CO₂-Abgabe (seit 01.01.2025 55 Euro pro ausgestoßener Tonne) auf Benzin, Diesel und Gas soll wegfallen. Verbrennungsmotoren dürfen bleiben. Steuern für Unternehmen und Einkommen sollen sinken. Dafür soll weniger Geld für Sozialleistungen wie Bürgergeld, Migration, Klima und Entwicklung ausgegeben werden. Geflüchtete, die keine Beiträge zahlen, sollen nur noch Sachen statt Geld bekommen. Es soll stärkere Grenzkontrollen geben. Die AfD möchte, dass Deutschland aus der EU und dem Euro austritt. Darüber soll abgestimmt werden. Der Ukraine sollen keine Gelder mehr geschickt werden. Die AfD ist keine normale Partei. Der Verfassungsschutz sagt, die AfD ist ein rechtsextremer Verdachtsfall.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)

DIE GRÜNEN wollen das Leben bezahlbarer machen. Dafür soll die Mietpreisbremse verlängert werden, Strom durch geringere Steuern und den Ausbau der Netze günstiger werden. Das Deutschland-Ticket für 49 Euro (2025 erhöht auf 58 Euro) soll erhalten bleiben. Unternehmen, die in Deutschland investieren, sollen Geld zurückbekommen, und die Einwanderung von Fachkräften soll einfacher werden. Außerdem möchten DIE GRÜNEN die Digitalisierung der Behörden vorantreiben. Sie setzen sich für den Klimaschutz ein und wollen, dass mehr E-Autos genutzt werden und Energie umweltfreundlicher wird. Menschen mit wenig Geld sollen durch ein Klimageld unterstützt werden, das aus Einnahmen der CO₂-Bepreisung bezahlt wird. Der Mindestlohn soll auf 15 Euro pro Stunde (aktuell bei 12,82 Euro) steigen, und Reiche sollen mehr Steuern zahlen. Zusätzlich fordern DIE GRÜNEN eine globale Steuer für Milliardär*innen. Es soll einfacher werden, Familie und Beruf zu verbinden. DIE GRÜNEN wollen die Sicherheitsbehörden stärken und Deutschland soll die Ukraine weiterhin finanziell, humanitär und militärisch unterstützen. Auch der Verteidigungshaushalt soll erhöht werden. Um Schulen, Kitas, Klimaschutz und die Infrastruktur zu verbessern, wollen DIE GRÜNEN mehr Geld investieren. Dafür soll die Schuldenbremse angepasst werden.



Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) setzt sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine starke Wirtschaft ein. Die Partei lehnt US-Raketen in Deutschland ab und will keine Waffen an die Ukraine liefern, um Deutschland aus dem Krieg herauszuhalten. Sie möchte die Sanktionen gegen Russland aufheben, damit Energie und Rohstoffe von dort die deutsche Wirtschaft unterstützen können. Um den Krieg in der Ukraine zu beenden, setzt das



BSW auf Verhandlungen statt auf militärische Hilfe. Die Partei fordert, dass reiche Menschen weniger Macht haben und mehr Wohlstand an alle verteilt wird. Gleichzeitig will sie die Migration stärker begrenzen und Geflüchtete strenger kontrollieren. Bei kulturellen Themen vertritt das BSW konservative Ansichten. Sie war zum Beispiel gegen das Selbstbestimmungsgesetz, das es Menschen erleichtert, ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Die Partei möchte, dass sich Deutschland mehr auf wirtschaftliche und soziale Probleme konzentriert.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)



Die CDU/CSU plant, die Steuern für Bürger*innen und Unternehmen zu senken. Um das zu finanzieren, sollen Einsparungen beim Bürgergeld und bei Geflüchteten gemacht werden. Das Bürgergeld soll durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzt werden. Dabei sollen härtere Strafen für Verstöße gelten. Beim Thema Rente bleibt das Rentenalter bei 67 Jahren. Angaben zur genauen Rentenhöhe fehlen jedoch. In der Migrationspolitik will die CDU/CSU weniger Geflüchtete nach Deutschland lassen. Grenzen sollen stärker kontrolliert werden und Asylverfahren sollen in anderen Ländern stattfinden. Die Partei plant, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Außerdem möchte sie die Ukraine weiterhin mit Waffen unterstützen. Das Selbstbestimmungsgesetz, das die Änderung von Geschlecht und Namen erleichtert, soll abgeschafft werden. Die CDU/CSU begründet das mit dem Schutz von Kindern und Jugendlichen.

DIE LINKE

DIE LINKE fordert einen bundesweiten Mietendeckel und will, dass Staufelmieten verboten werden. Sie möchte die Preise für Lebensmittel und Energie senken, indem die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie Bus- und Bahnfahrten abgeschafft wird. Strom und Heizenergie sollen günstiger werden und es soll mehr in Bildung erneuerbarer Energien investiert werden, finanziert durch einen „Energie-Soli für Reiche“ und höhere Steuern für Vermögende, inklusive einer Milliardensteuer. Die Partei möchte Kinder und Familien stärker unterstützen und für gleiche Bezahlung von Frauen* sorgen. Jeder Mensch soll gleiche Rechte haben, egal woher er kommt. Fluchtwege nach Europa sollen sicherer werden. Die Partei fordert außerdem, dass der Mindestlohn auf 15 Euro pro Stunde steigt und das Bürgergeld zu einer „sanktionsfreien Mindestsicherung“ wird. Außerdem soll es ein Rentenniveau von 53 Prozent (aktuell bei 48 Prozent) und eine solidarische Mindestrente bis zur Höhe der Armutsrisikogrenze von rund 1.400 Euro geben. Sie setzt sich für die Einführung einer Vier-Tage-Woche ein. In der Außenpolitik will DIE LINKE auf Diplomatie statt Waffenlieferungen setzen und fordert eine friedliche Lösung für Konflikte.



Freie Demokratische Partei (FDP)



Die FDP möchte den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer um mindestens 1.000 Euro erhöhen, damit Arbeit sich mehr lohnt als Sozialleistungen. Überstunden sollen steuerfrei sein und der Spitzensteuersatz soll erst ab einem Einkommen von 96.600 Euro greifen (aktuell bei 66.761 Euro). Eine Vermögensteuer lehnt die FDP ab. In der Gastronomie soll der Mehrwertsteuersatz für Speisen auf sieben Prozent sinken. Die Unternehmensteuer soll unter 25 Prozent liegen und der Solidaritätszuschlag soll komplett abgeschafft werden. Die FDP will auch Subventionen abbauen und Staatsbeteiligungen verkaufen. Auf EU-Ebene lehnt sie neue Schulden ab. Die Partei will Wirtschaft und Informatik als Schulfächer bundesweit einführen. Bürokratie soll abgebaut werden und es soll jedes Jahr ein Gesetz geben, das unnötige Regeln streicht. Die FDP fordert eine Reform des Bildungssystems mit mehr Bundesbeteiligung und einheitlichen Standards. Die Partei ist gegen eine gesetzliche Vier-Tage-Woche und will das Bürgergeld reformieren. In der Klimapolitik ist die FDP gegen das Ziel, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Sie will das Verbrennerverbot von Autos ab 2035 aufheben und den Flugverkehr durch Steuererleichterungen fördern. Beim Kauf einer ersten eigenen Wohnung soll es eine Steuererleichterung geben. Die FDP fordert eine Anpassung der China-Politik, um die Abhängigkeit von China in wichtigen Bereichen zu verringern und die kritische Infrastruktur zu schützen. Die Partei ist für Waffenlieferungen an die Ukraine – auch Taurus-Marschflugkörper.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



Die SPD möchte mehr in die Wirtschaft investieren und die Schuldenbremse lockern, um den Ausbau der Infrastruktur zu finanzieren. Sie plant einen „Deutschlandfonds“ mit 100 Milliarden Euro, um Unternehmen zu unterstützen. Stromkosten sollen gesenkt werden und es soll eine Kaufprämie für E-Autos geben. Arbeitnehmer*innen sollen durch Steuerreformen entlastet werden, und die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel soll von sieben auf fünf Prozent sinken. Gleichzeitig sollen wohlhabende Menschen mehr Steuern zahlen, unter anderem durch eine Vermögensteuer und eine höhere Erbschaftsteuer. Die SPD will den Mindestlohn auf 15 Euro anheben und die Rente stabilisieren. Dazu sollen mehr Menschen in Arbeit bleiben und Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen. Die Mietpreisbremse soll ohne Enddatum fortgesetzt werden und die Elternzeit sowie die Pflegekosten sollen verbessert werden. In der Außenpolitik unterstützt die SPD weiterhin die Ukraine, will jedoch keine Waffen liefern, die zu einer Eskalation des Krieges führen könnten. Sicherheit und Verteidigung sollen gestärkt werden, ohne Sozialausgaben zu kürzen.

Wen sollte ich bei der U18-Bundestagswahl 2025 wählen?

Die Antwort auf diese Frage findest du hier. In diesem Flyer sind die Parteien und für was sie stehen aufgelistet.

Das ist noch nicht alles.

Selbstverständlich ist das nur ein sehr kleiner Ausschnitt der Parteien. Wenn du mehr wissen willst, kannst du auf ihren Internetseiten nachgucken. Die Internetseiten der Parteien, die im Folgenden vorgestellt werden, findest du als QR-Code unter jeder Partei.

Hinweis: Achtung Gender-Sternchen (*)!

Auf den folgenden Seiten benutzen wir das Gender-Sternchen (*). Das heißt, an Stelle von „Lehrern“ schreiben wir „Lehrer*innen“ und „Polizisten“ sind bei uns „Polizist*innen“. Nur weil wir hier gendern, heißt es aber nicht, dass die Parteien es in ihren Wahlprogrammen tun.

Aber wieso machen wir das?

Mit der Schreibweise des Gender-Sternchens (*) wird verdeutlicht, dass jede Person gemeint ist. Auch Menschen, die nicht sagen, dass sie entweder eine Frau oder ein Mann sind, werden damit angesprochen. So werden diese Menschen nicht von vornherein unsichtbar gemacht und somit ausgeschlossen. Warum der ganze Aufwand überhaupt? Wie wir etwas wahrnehmen oder uns etwas vorstellen, übermitteln wir durch die Sprache. Daher ist es sinnvoll, auch in der Sprache durch das Gender-Sternchen (*) zu betonen, dass alle Menschen und nicht nur Männer oder Frauen gemeint sind.

Herausgeber:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.
Schleiufer 14 | 39104 Magdeburg
0391-289 232 71 | u18@kjr-lsa.de
www.kjr-lsa.de



Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. ist der Zusammenschluss von 23 landesweit tätigen Jugendverbänden, sechs Dachverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kreis- und Stadtjugendringe Sachsen-Anhalts. Er vertritt die Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie seiner Mitglieder gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Öffentlichkeit.

V. i. S. d. P.: Anne Seiffert, Tanja Rußack

Redaktion: Martin Gneist

Illustrationen: Erni Donnerberg

Layout und Satz: donnerandfriends.de

Druck: WIRMachenDRUCK GmbH, Backnang

Papier: Recyclingpapier weiß matt

Die U18-Bundestagswahl 2025 in Sachsen-Anhalt wird gefördert durch die Stiftung Demokratische Jugend. Diese Förderung bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Stiftung den Ergebnissen und Aussagen des Textes zustimmt.

